

Sowjetisches Genossenschaftsgesetz: Mit Privatinitiative aus der Versorgungsmisere?	311
Überschuß im Handel mit den USA sinkt	316

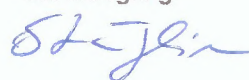
DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 24/88

Berlin

16. Juni 1988

55. Jahrgang



Sowjetisches Genossenschaftsgesetz: Mit Privatinitiative aus der Versorgungsmisere?

Das Genossenschaftswesen erlebt in der Sowjetunion derzeit eine Renaissance. Allein seit Anfang März 1988 wurden 6 000 selbständige Genossenschaften gegründet, in den anderthalb Jahren zuvor waren es 14 000. Während ihre Bildung von den lokalen Behörden oft mißtrauisch betrachtet und behindert wird, versucht die Parteiführung mit Nachdruck, ihre Entwicklung zu fördern. Sie will dabei an die Periode der „Neuen Ökonomischen Politik“ in den zwanziger Jahren anknüpfen. Die danach von Stalin verfolgte Politik dagegen, durch die die Genossenschaften von 1930 an ihre Selbständigkeit verloren bzw. ganz aufgelöst wurden, wird als „Willkür“ und „grobe Entstellung“ der Lehren Lenins verurteilt, wodurch die „Idee der Genossenschaft mit Füßen getreten“ wurde (Gorbatschow). Als „völlig falsch“, so Ministerpräsident Ryshkow, gilt jetzt das Dogma von der Überlegenheit des staatlichen gegenüber dem genossenschaftlichen Eigentum. Zur rechtlichen Absicherung ist ein Gesetz über die Genossenschaften ausgearbeitet worden. Es soll am 1. Juli in Kraft treten.

Ziele und Grundsätze des Gesetzes

Die neue Politik gegenüber den Genossenschaften dient vor allem dem Ziel, die prekäre Versorgungslage zu verbessern. Ungeschminkt nannte Ryshkow bei der Begründung des Gesetzes die Probleme beim Namen: Umfang und Struktur des Güter- und Dienstleistungsangebots entsprechen nicht der Nachfrage, der Kaufkraftüberhang wächst, in der Geldzirkulation zeigen sich Inflationserscheinungen. Den kumulierten Planrückstand in den Jahren 1986 und 1987 bezifferte er beim Warenangebot auf 22 Mrd. Rubel, bei der Bereitstellung von Dienstleistungen auf 4,5 Mrd. Der gesamte Nachfrageüberhang wird allein bei den industriellen Konsumgütern auf über 30 Mrd. Rubel geschätzt, bei den Dienstleistungen auf 15 Mrd. Rubel¹ (zum Vergleich: Private Käufe von Gütern und Diensten 1987: 395 Mrd. Rbl.).

Wegen der mangelnden Anpassungsfähigkeit der Großbetriebe werden Reformmaßnahmen im staatlichen Sektor allein nicht für hinreichend gehalten, um kurzfristig Erfolge bei der Überwindung der Versorgungsmisere zu

erreichen. Zur Schließung von Angebotslücken sollen daher verstärkt flexible Klein- und Mittelbetriebe gefördert werden, die sich unmittelbar an der Konsumentennachfrage orientieren und damit eine bessere Bedarfsdeckung gewährleisten. Dies sollen primär Genossenschaften sein.

Grundsätzlich können sich die Genossenschaften mit allen Aktivitäten befassen, die nicht gesetzlich verboten sind. Ein breites Spektrum organisatorischer Formen und Tätigkeitsfelder der Genossenschaften wird von der Parteiführung sogar ausdrücklich angestrebt. Die stärksten Impulse von dem neuen Gesetz erhofft man sich für die Landwirtschaft, die Dienstleistungen und Gaststätten. Eine wesentliche Rolle sollen die Kooperativen auch bei der Konsumgüterproduktion, im Handel und bei der Verwertung von Sekundärrohstoffen spielen. Interessant ist, daß zur Gründung von Genossenschaften in Forschung und Entwicklung ermutigt wird, um die technische Innovation zu beschleunigen.

¹ Vgl. Pravda vom 25. Mai 1988.

Die Verbesserung des Güter- und Dienstleistungsangebots ist nicht das einzige Anliegen des Gesetzes. Es verfolgt auch ein beschäftigungspolitisches Ziel. Über Genossenschaften sollen diejenigen Personen in den Arbeitsprozeß integriert werden, die im staatlichen Sektor nicht beschäftigt werden können. Dies betrifft einerseits Hausfrauen, Auszubildende oder Rentner, aber auch die Arbeitskräfte, die in Staatsbetrieben oder der Verwaltung freigesetzt werden. Eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit gibt es insbesondere in den asiatischen und transkaukasischen Unionsrepubliken. Es ist vorgesehen, daß das Sachvermögen liquidierter Staatsunternehmen existierenden oder neu zu gründenden Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden kann.

Für die Gründung einer Genossenschaft ist keine spezielle Genehmigung erforderlich. Jedes Kooperativ von mindestens drei Personen, dessen Statut dem Gesetz entspricht, kann sich bei der örtlichen Behörde registrieren lassen. Die Freiwilligkeit bei Gründung, Eintritt oder Austritt gilt als wichtigstes genossenschaftliches Prinzip. Die Genossenschaften sind laut Gesetz den staatlichen Betrieben rechtlich gleichgestellt. Genossenschaften können auch im Rahmen von staatlichen Betrieben oder Organisationen gegründet werden, z.B. als Zweigbetriebe. Die gängige Praxis, die Gründung von Kooperativen mit dem Argument zu untersagen, dies könne zu einer Abwanderung von Arbeitskräften aus dem Staatssektor führen, wird von Ryshkow ausdrücklich als unzulässig erklärt. Wer seinen Arbeitsplatz wechseln wolle, tue dies aus Unzufriedenheit mit den Arbeits- oder Lohnverhältnissen. Der staatliche Bereich genieße keine Priorität. Niemand dürfe daran gehindert werden, sich an einer Genossenschaft zu beteiligen und dort zu arbeiten.

Die gesetzlichen Bestimmungen sollen die wirtschaftliche Selbständigkeit, die Selbstverwaltung und die Unantastbarkeit des Genossenschaftseigentums garantieren. Das wichtigste Selbstverwaltungsorgan ist die Mitgliederversammlung. Sie verabschiedet das Statut, wählt den Vorsitzenden und die übrige Betriebsleitung, entscheidet über Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern, über die Einlagen und die Verwendung der Einnahmen, und sie bestätigt die Pläne des Betriebs. Die Mitgliederversammlung hat die ausschließliche Verfügungsgewalt über das genossenschaftliche Eigentum. Ohne ihre Zustimmung darf es nicht an andere Betriebe, Institutionen oder Personen übertragen werden. Es ist nicht länger zulässig, daß Behörden Gelder von Kolchosen oder anderen Kooperativen eigenmächtig, z.B. für den Bau kommunaler Einrichtungen oder zur Finanzierung unrentabler Betriebe, an sich ziehen.

Das Gesetzgebungsverfahren war durch ungewöhnlich offen ausgetragene Meinungsverschiedenheiten gekennzeichnet. Ein Entwurf des Gesetzes war am 6. März 1988 publiziert worden. Er wurde öffentlich diskutiert, 42 der ursprünglich 50 Artikel sind in der dem Obersten Sowjet (Parlament der UdSSR) zugeleiteten Fassung geändert

worden, vier wurden hinzugefügt. Nach kontroverser Debatte im Plenum wurde die Vorlage zunächst an die Ausschüsse zurückverwiesen, wo weitere Korrekturen vorgenommen wurden. Die endgültige Fassung des am 26. Mai beschlossenen Gesetzes ist kürzlich publiziert worden².

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Betriebsführung

Das Gesetz enthält neben spezifischen Regelungen für einzelne Genossenschaftsformen (Kolchosen und andere landwirtschaftliche Genossenschaften, Kooperativen im Produktions- und Dienstleistungsbereich, Verbraucher-genossenschaften) übergreifende Bestimmungen für alle Genossenschaften.

Die Genossenschaften sind wirtschaftlich selbständig, sie unterliegen dem Prinzip der vollen wirtschaftlichen Rechnungsführung und Selbstfinanzierung, d.h. sie müssen kostendeckend arbeiten und ihre Investitionen selbst erwirtschaften. Ihre ökonomischen Beziehungen zu anderen Unternehmen, Organisationen oder Personen basieren auf Verträgen. Staatliche Stellen haben nicht das Recht, sich in diese Vertragsbeziehungen einzumischen.

Die Genossenschaften bestimmen Tätigkeitsfeld, Umfang und Struktur der Produktion selbst. Sie stellen eigenständig ihre Produktions-, Finanz- und Sozialpläne auf. Grundlage der Pläne sind die abgeschlossenen Verträge. Die Genossenschaften können auf freiwilliger Basis Staatsaufträge übernehmen, einen Kontrahierungszwang wie für Staatsbetriebe gibt es laut Gesetz nicht. Diese Staatsaufträge sind in erster Linie wegen der damit verbundenen Absatzgarantie attraktiv. Sie sollen möglichst ausgeschrieben werden, damit Staatsbetriebe und Genossenschaften in Konkurrenz treten können.

Der Staat reguliert die Preise im Genossenschaftssektor nur bei Staatsaufträgen, bei Verwendung von Rohstoffen aus staatlichen Ressourcen oder beim Verkauf von staatlich zugewiesenen Waren. Ansonsten soll die Preisgestaltung durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Allerdings will man mit Hilfe der Steuerpolitik und durch die Förderung von Konkurrenz Einfluß auf das Preisniveau ausüben. Ausdrücklich lehnte Ryshkow in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet administrativ festgelegte Preisobergrenzen ab, da dies nur zu Spekulation führe, einen Produktionsanstieg behindere und Engpässe bei einzelnen Erzeugnissen entstehen lasse. Um zu verhindern, daß Genossenschaften im Einzelhandel subventionierte oder knappe Waren erwerben und teuer weiterverkaufen, können die lokalen Behörden diese Käufe unterbinden.

² Vgl. Pravda vom 8. Juni 1988.

Im Unterschied zu den Staatsbetrieben werden den Kooperativen keine Normative über die Bildung der betrieblichen Fonds vorgegeben. Über die Verwendung ihres nach Abzug von Steuern und Zinsen verbleibenden Gewinns können die Genossenschaften frei entscheiden. Sie haben das Recht, Wertpapiere („Aktien“) auszugeben, die allerdings nur von den dort Beschäftigten sowie von Betrieben und Organisationen gekauft werden dürfen. Die Emission setzt Einvernehmen mit der Staatsbank voraus. Ein Handel an Effektenbörsen mit diesen Wertpapieren ist nicht vorgesehen, die Entstehung von Aktiengesellschaften im westlichen Sinne wird von Ryshkow ausgeschlossen.

Das Steuersystem wird im Gesetz nur in allgemeiner Form angesprochen. Der Gewinn wird mit einem festen Satz besteuert, für die persönlichen Einkommen der Mitglieder und die der sonstigen Beschäftigten (nur Nebenerwerbskräfte) gilt ein progressiver Tarif. Die Besteuerung soll differenziert nach Genossenschaftsarten und Tätigkeitsfeldern vorgenommen werden. Um die Herstellung bestimmter Erzeugnisse zu stimulieren, können Steuerprivilegien gewährt werden.

Obwohl die Steuertarife selbst nicht Gegenstand des Genossenschaftsgesetzes sind, kam es im Rahmen der Debatte um den Entwurf zu einer scharfen Kontroverse um die progressive Einkommensteuer. Sie entzündete sich an einem vom 1. April an geltenden Erlass des Finanzministeriums. Während dieser für die nicht ausgeschütteten Gewinne sehr niedrige Steuersätze vorsieht (2 bis 3 vH im Gründungsjahr, bis zu 10 vH nach dem dritten Jahr), beträgt der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer 90 vH. Bei einem Monatseinkommen von 700 Rubel sind 17,2 vH Steuern abzuführen, bei 1000 Rubel 27,2 vH, bei 2 500 Rubel 60,8 vH³. Die Kritik galt drei Punkten:

- Die steile Progression bremse die Entwicklung des Genossenschaftssektors („Wir geben uns Mühe, das Huhn zu rupfen, bevor es Eier zu legen beginnt“),
- die im Vergleich zu den Beschäftigten im Staatssektor höhere Besteuerung der Einkommen von Genossenschaftsmitgliedern sei sozial nicht gerechtfertigt und widerspreche der gesetzlich festgelegten Gleichbehandlung von Staats- und Genossenschaftsbetrieben,
- die Monatseinkommen seien wegen saisonaler Schwankungen keine geeignete Basis für die Besteuerung⁴.

Um eine flexiblere Steuerpolitik zu ermöglichen, wurde der ursprüngliche Entwurf des Genossenschaftsgesetzes geändert. Die lokalen Sowjets haben jetzt das Recht, mit dem Ziel eines besseren Güterangebots oder aus preispolitischen Gründen die Gewinn- und Einkommensteuer der Genossenschaften, ihrer Mitglieder und der sonstigen Beschäftigten zu vermindern. Die Steuertarife werden überprüft, jedoch sind Entscheidungen noch nicht gefallen. Es wird erwogen, den Spitzensteuersatz der progressiven Einkommensteuer von 90 vH auf 50 vH zu

senken. In einigen Sektoren, z.B. im Bauwesen, soll die Einkommensteuer für die im Genossenschaftssektor Tätigen an die Lohnsteuer angepaßt werden⁵.

Die Beziehungen zwischen den Kooperativen und den Banken basieren ausschließlich auf Verträgen. Der Kreditsektor ist aufgefordert, die Entwicklung des Genossenschaftswesens zu fördern, z.B. durch Vorzugskredite bei Neugründungen. Die Banken sollen strikt auf die Zahlungsdisziplin der Genossenschaften achten. Die Kooperativen haften für ihre Schulden mit ihrem gesamten Vermögen. Die Banken sind berechtigt, die Liquidation zahlungsunfähiger und mit Verlust arbeitender Genossenschaften bei den örtlichen Behörden zu beantragen. Ein staatliches Monopol im Bankensektor soll es in Zukunft nicht mehr geben. Die Genossenschaftsvereinigungen (freiwillige Zusammenschlüsse von Kooperativen einer Region oder eines Wirtschaftszweigs) bekommen die Möglichkeit, Genossenschaftsbanken zu gründen.

Die außenwirtschaftlichen Aktivitäten der Genossenschaften und ihrer Vereinigungen beruhen auf den Prinzipien der Eigenerwirtschaftung der Devisen und der Selbstfinanzierung. In bestimmten Fällen können Genossenschaften ihre Außenhandelsgeschäfte direkt tätigen, ansonsten werden sie über die entsprechenden Außenhandelsorganisationen abgewickelt. Den Genossenschaften und ihren Vereinigungen wird das Recht eingeräumt, mit ausländischen Firmen Gemeinschaftsunternehmen zu gründen.

Spezielle Regelungen für die Kolchosen

Die Ausgangsbedingungen für die Kooperativen sind in den einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren sehr unterschiedlich. Die bisher größte Bedeutung haben sie in der Landwirtschaft. In den 26 000 Kolchosen arbeiten 12,6 Mill. Kolchosbauern, etwa die Hälfte aller im Agrarsektor Beschäftigten. Nahezu in gleicher Weise wie die staatlichen Sowchosen sind die Kolchosen bislang in das staatliche Planungssystem eingebunden. Ihre Selbständigkeit ist infolgedessen stark eingeschränkt, zutreffend spricht Ryshkow von einer „faktischen Verstaatlichung“. Mit dem neuen Gesetz will man diese traditionellen Planungs- und Leitungsstrukturen beseitigen und den Kolchosen den eigentlichen genossenschaftlichen Charakter zurückgeben.

Das Gesetz beseitigt Einschränkungen für die Kolchosen bei der Wahl ihrer Produktionsstruktur. Sie können sich neben der Landwirtschaft ohne Einschränkungen andere Tätigkeitsfelder suchen, etwa die Weiter-

³ Vgl. Izvestija vom 20. März 1988.

⁴ Vgl. Izvestija vom 18. Mai 1988. Siehe hierzu auch die Diskussionsbeiträge im Obersten Sowjet. In: Izvestija vom 26. Mai 1988.

⁵ Vgl. Izvestija vom 31. Mai 1988.

verarbeitung von Rohstoffen, die Herstellung von Konsumgütern, Nahrungsmitteln oder Produktionsgütern, Handel, Dienstleistungen sowie die Durchführung von Bau- und Reparaturarbeiten, alles Bereiche, in denen auf dem Lande außerordentliche Defizite bestehen. Bis jetzt wurden die Kolchosen in vielen Regionen an einer Betätigung außerhalb der Landwirtschaft gehindert, so daß Nebenproduktion und Dienstleistungen erst einen Anteil von 5 vH am Absatz der Kolchosen haben.

Die Produktionsbeziehungen innerhalb des Kolchos werden flexibler gestaltet. Es können selbständig wirtschaftende Kollektive, faktisch Untergenossenschaften, gebildet werden. Sie schließen mit dem Kolchos Verträge ab, ihre Einnahmen sind leistungsabhängig. Boden und Produktionsmittel werden meistens zugeteilt. Als besondere Möglichkeit sieht das Gesetz die Verpachtung vor. Ihre breite Anwendung wurde bei einer Zusammenkunft von ZK-Mitgliedern und Agrarspezialisten im Mai als kürzester Weg zur Lösung des Nahrungsmittelproblems bezeichnet. Die Kolchosen sind außerdem aufgefordert, die Entwicklung der privaten Nebenwirtschaften ihrer Mitglieder z.B. durch Bereitstellung von Dünger und Pflanzenschutzmitteln oder durch tierärztliche Betreuung stärker als bisher zu unterstützen. Sie können Boden an ihre Mitglieder oder andere auf dem Land lebende Personen verpachten, wenn diese sich vertraglich verpflichten, Agrarprodukte für den Kolchos oder eine andere Genossenschaft zu erzeugen. Unter Umständen werden die hierfür notwendigen Investitionsgüter bereitgestellt. In bestimmten Fällen dürfen die Kolchosen Vieh oder einfache Produktionsmittel an ihre Mitglieder oder an Dritte verkaufen.

Strittig war bei der Diskussion um den Gesetzentwurf die Frage der Staatsaufträge. Es war vorgesehen, daß die agrarindustriellen Vereinigungen, die Agrarkombinate oder andere organisatorische Einheiten die Staatsaufträge erhalten und dann entsprechende Verträge mit den Kolchosen abschließen. Die Staatsaufträge sollten durch Preisgestaltung, Absatzgarantie und Ressourcenbereitstellung für die Kolchosen vorteilhaft gestaltet werden, Aussagen über die Freiwilligkeit bei der Übernahme von Staatsaufträgen gab es jedoch nicht.

In zahlreichen Stellungnahmen wurde kritisiert, daß auf diese Weise die alte Ablieferungspflicht in Gestalt der Staatsaufträge weiter bestehen würde. Die zuständige Kommission des Obersten Sowjets hat den entsprechenden Artikel daher umformuliert. Den Kolchosen wird nunmehr das Recht gewährt, ihre Erzeugnisse nach eigenem Ermessen zu verkaufen, und zwar sowohl an die Unternehmen und Organisationen, die landwirtschaftliche Produkte aufkaufen und verarbeiten, als auch an andere Abnehmer oder auf den Kolchosmärkten. Die Freiwilligkeit bei der Übernahme der Staatsaufträge wird ausdrücklich betont⁶. Wenn dies so in die Praxis umgesetzt wird, wäre es eine revolutionäre Neuerung. Seit 1927 die sowjetische Führung auf Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaf-

fung mit Zwangsmaßnahmen reagierte und damit das Ende der Neuen Ökonomischen Politik einleitete, hat es für die Bauern eine freie Verfügung über die von ihnen erzeugten Produkte nicht mehr gegeben.

Das Prinzip der Freiwilligkeit wird auch auf die Mitgliedschaft der Kolchosen in den überbetrieblichen agrarindustriellen Vereinigungen ausgedehnt. Die sowjetische Führung hält es zwar für notwendig, daß sich die Kolchosen derartigen Vereinigungen anschließen. Es soll aber darauf verzichtet werden, solche Organisationsformen auf administrativem Wege aufzuzwingen. Über einen Beitritt in eine agroindustrielle Vereinigung oder einen anderen Zusammenschluß (Agrofirma, Agrokombinat usw.) entscheidet ebenso wie über einen eventuellen Austritt die Mitgliederversammlung.

Die größere Selbständigkeit hat für die Kolchosen und die in ihnen Beschäftigten allerdings auch eine Kehrseite. Der Staat ist nicht länger bereit, unrentabel arbeitende Betriebe mit Subventionen zu unterstützen. Die Kolchosen sind derzeit bei den Banken mit 88 Mrd. Rubel verschuldet, die Rückzahlungsfristen mußten größtenteils bis zur Jahrhundertwende verlängert werden. Die Arbeitsentgelte entsprechen oft nicht der wirtschaftlichen Leistung. In 3 000 Kolchosen übersteigen ihre Summen sogar die Bruttoeinnahmen. Bei Selbstfinanzierung sind die für die Einkommensverteilung zur Verfügung stehenden Mittel von den erzielten Erlösen abhängig, so daß in unrentablen Kollektivwirtschaften Einkommenseinbußen der Beschäftigten unausweichlich werden.

Gesamteinschätzung

Das Genossenschaftsgesetz verzichtet weit konsequenter auf Methoden zentralistischer Wirtschaftslenkung als das Gesetz über den Staatsbetrieb⁷. Es bricht radikal mit stalinistischen Dogmen einer sozialistischen Planwirtschaft. Die Genossenschaften werden nicht nur den Staatsbetrieben gleichgestellt, sie werden sogar als die „wichtigste Gesellschaftsform für freie und schöpferische Tätigkeit der Bevölkerung, für ihre Einbeziehung in die unmittelbare Lenkung ökonomischer und sozialer Prozesse auf konsequent demokratischer Grundlage“ (Ryschkow) klassifiziert. Die neuen Kooperativen werden von der staatlichen Produktionsplanung nicht erfaßt, die Kolchosen ihrem Zugriff entzogen, sofern die Freiwilligkeit der Staatsaufträge tatsächlich praktiziert wird. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, daß im Gesetzge-

⁶ Vgl. Pravda vom 25. Mai 1988; Izvestija vom 26. und 27. Mai 1988.

⁷ Vgl. hierzu Wirtschaftsreformen in der UdSSR: Stand und Perspektiven. Bearb.: Ulrich Weißenburger und Heinrich Machowski. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 9/1987; und Sowjetische Wirtschaftsreform: Das Konzept der Perestrojka gewinnt Konturen. Bearb.: Ulrich Weißenburger und Heinrich Machowski. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 48-49/1987.

bungsverfahren in der zentralen Frage der Staatsaufträge weitergehende Vorstellungen durchgesetzt wurden, als es ursprünglich beabsichtigt war. Für die Frage der Besteuerung ist dies zu erwarten. Dies deutet auf eine gestärkte Stellung der Reformkräfte und ein gewachsenes Selbstbewußtsein des bisher nur als Akklamationsorgan fungierenden Obersten Sowjets hin.

Ein Erfolg des Gesetzes ist damit noch nicht gesichert. Er wird in erster Linie davon abhängen, ob sich genügend qualifizierte Arbeitskräfte finden, die bereit sind, das Risiko einer Genossenschaftsgründung auf sich zu nehmen und ob ihnen ausreichend Kapital zur Verfügung steht.

Auch ist wichtig, daß die Kooperativen bei der Rohstoff- und Materialversorgung nicht diskriminiert werden, ferner wird die endgültige Ausgestaltung der Besteuerung von Bedeutung sein. Eine entscheidende Rolle spielen schließlich die Fortschritte der Wirtschaftsreform im Staatssektor. Eine generelle Preisreform ist zur Realisierung des Gesetzes unverzichtbar. Nach wie vor aber ist der Reformwiderstand vieler Ministerien und örtlicher Partei- und Regierungsorgane offenkundig stark. Die politische Führung scheint allerdings entschlossen, die eingeleiteten Reformen auch gegen diesen Widerstand durchzusetzen.

Überschuß im Handel mit den USA sinkt

Zur Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland mit den USA von 1980 bis 1987

Der Warenaustausch der Bundesrepublik mit den USA ist von Beginn dieses Jahrzehnts an durch die Änderungen des Wechselkurses zwischen US-Dollar und D-Mark stark beeinflusst worden. Im Zuge der kräftigen realen Aufwertung des US-Dollars bis Anfang 1985 um rund 50 vH ist der reale Export¹ in die USA zügig ausgeweitet worden, nämlich um rund 80 vH. Mit der folgenden realen Abwertung des US-Dollars hat sich das Exportwachstum erheblich verringert, im Jahre 1987 waren die Ausfuhren in die USA real und nominal sogar rückläufig.

Die reale Wareneinfuhr aus den USA ist im Zeitraum von 1980 bis 1985 mit dem zunehmenden Kaufkraftverlust der D-Mark deutlich gesunken. Vom Wiedererstarken der D-Mark haben die Importe bis zum Jahr 1987 allerdings wenig profitiert. Die realen Einfuhren sind in diesem Jahr um etwa ein Drittel niedriger gewesen als im Jahr 1980. Offensichtlich haben die amerikanischen Exporteure die Dollarschwäche in den Jahren 1986 und 1987 dazu genutzt, ihre Gewinnspannen durch Preiserhöhungen zu verbessern. Nominal hatten die Einfuhren im Jahr 1987 mit rund 24 Mrd. DM eine Größenordnung wie im Jahr 1980.

In den Jahren 1980 und 1981 war im Warenaustausch mit den USA, nicht zuletzt wegen der damals relativ starken D-Mark, noch ein Importüberschuß zu verzeichnen. Danach war der deutsche Export mit dem Sog, der vom Wirtschaftswachstum bei kräftiger Aufwertung des Dollars ausging, sprunghaft gestiegen und im Jahr 1986 doppelt so hoch wie die Einfuhr. Mit dem Abklingen der Dollarhausse und dem langsameren Wirtschaftswachstum zeichnet sich seit 1987 ein Abbau der hohen deutschen Überschußposition ab.

In der Dienstleistungsbilanz mit den USA hat sich der deutsche Einnahmenüberschuß seit 1980 ebenfalls kräftig erhöht. Dabei spielte die starke Zunahme der Einnahmen aus Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an militärische Dienststellen, die im Inland stationiert sind, sowie aus Kapitalerträgen² eine wichtige Rolle. Die Relation zwischen Dienstleistungseinnahmen und Warenausfuhr ist allerdings von 93 vH im Jahr 1980 auf 76 vH im Jahr 1987 gesunken; sie ist damit im Vergleich zu allen anderen Ländern aber nach wie vor ungewöhnlich hoch³. Auch im Dienstleistungsverkehr bahnt sich indes ein Rückgang der hohen deutschen Überschußposition an. Sowohl bei den Kapitalerträgen als auch den Verkäufen an militärische Dienststellen sinken die Einnahmen seit 1986. Offensichtlich reagieren diese Einnahmen bereits auf die erhebliche Verschlechterung der Währungsrelation. Vergleichsweise stark auf Wechselkursänderungen

¹ In der Gliederung nach einzelnen Ländern werden vom Statistischen Bundesamt keine Preisindizes veröffentlicht. Hilfsweise wurden hier für ausgewählte Warengruppen sowie für die Güterströme insgesamt im Handel mit den USA Durchschnittswerte ermittelt. Die Mengen- und Preiseffekte, die im Handel mit diesem Land durch starke Wechselkursschwankungen überlagert sind, lassen sich dann in der Grundtendenz erkennen. Vgl. dazu die Sonderauswertung im Jahresgutachten 1987/88 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

² Dies sind neben Zinsen auch Dividenden und sonstige Gewinne, die Inländer aus gewerblichen Beteiligungen in den USA erzielen.

³ Bei den Einnahmen aus Dienstleistungen insgesamt und der gesamten Ausfuhr beträgt die Relation 29 vH, sie hat sich seit 1980 (27 vH) etwas erhöht.

Leistungsbilanz¹⁾ der Bundesrepublik Deutschland mit den USA
Millionen DM

	Ausfuhr ²⁾ (fob)	Warenverkehr		Saldo der Handels- bilanz ³⁾	Dienstleistungen			Saldo der Übertragungs- bilanz	Saldo der Leistungs- bilanz	Nachrichtlich: Direktinvestitionen ⁴⁾	
		Einfuhr ²⁾ (fob)			Einnahmen	Ausgaben	Saldo			„im Inland“	„in den USA“
1980	21 494	24 453	— 3 654		18 318	10 308	8 011	— 1 664	2 692	— 387	— 2 908
1981	25 987	26 570	— 1 463		24 011	13 793	10 218	— 1 829	6 926	+ 151	— 3 120
1982	27 328	26 950	966		26 927	15 450	11 476	— 1 085	11 357	+ 1 259	— 1 644
1983	31 723	25 825	6 403		30 921	14 942	15 979	— 1 299	21 083	+ 1 679	— 2 547
1984	45 057	29 039	16 456		37 472	14 768	22 704	— 1 166	37 994	— 1 381	— 3 882
1985	53 659	31 538	22 589		41 080	16 805	24 275	— 1 133	45 731	— 977	— 7 554
1986	53 047	25 312	28 191		38 743	17 910	20 834	— 1 314	47 710	+ 89	— 9 578
1987 ⁵⁾	48 000	24 000	24 500		36 500	20 000	16 500	— 1 300	39 700	— 1 181	— 5 967

1) In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. — 2) Einschließlich der Ergänzungen zum Warenverkehr ohne Transithandel. — 3) Einschließlich Transithandel. — 4) Direktinvestitionen der USA „im Inland“ (Kapitaleinfuhr: +) bzw. deutsche Direktinvestitionen in den USA (Kapitalausfuhr: —). — 5) Schätzung des DIW.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

reagiert besonders die Reiseverkehrsbilanz; sie weist wohl deshalb seit 1986 wieder einen Ausgabenüberschuß aus. Dank der deutschen Reisefreudigkeit und des zunehmend günstigeren Wechselkurses nahmen die Ausgaben in den Jahren 1986 und 1987 weiter zu, während die Einnahmen sanken⁴.

Traditionell defizitär ist die Patent- und Lizenzbilanz mit den USA, die Ausgaben haben sich bis 1985 deutlich erhöht, danach sind sie nur noch langsam gestiegen. Bei weiter kräftiger Zunahme der Einnahmen hat sich das Defizit der Patent- und Lizenzbilanz mit den USA nur noch wenig vergrößert. Die Übertragungsbilanz (Bilanz der unentgeltlichen Leistungen) zeigt wegen der hohen Wiedergutmachungsleistungen sowie der Renten- und Pensionszahlungen zwar einen Ausgabenüberschuß; dieser geht jedoch tendenziell zurück.

Der Überschuß in der Leistungsbilanz mit den USA hat sich aufgrund zunehmender Stärke des US-Dollars, der die deutschen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen begünstigte, in den Jahren 1981 bis 1986 außerordentlich kräftig erhöht. Nach der starken Abwertung des Dollars war der Überschuß 1987 mit rund 40 Mrd. DM erstmals niedriger als im Vorjahr, um 8 Mrd. DM. Damit entfiel die Hälfte des gesamten Überschusses in der Bundesrepublik auf den Leistungsaustausch mit den USA.

Anhaltend hoher Exportanteil des Straßenfahrzeugbaus

Die Warenstruktur der Exporte in die USA unterscheidet sich deutlich von der in die EG-Länder. Fertigwaren-Enderzeugnisse sind an der Ausfuhr in dieses Land mit 85 vH (1987) überdurchschnittlich beteiligt (EG: 67 vH). Dabei spielen die Ausfuhren von Kraftfahrzeugen und -teilen die wichtigste Rolle: Ihr Anteil an den Ausfuhren von Fertigwaren-Enderzeugnissen beträgt knapp 50 vH, am gesamten Export in die USA sind es rund 40 vH.

Anders als im Warenaustausch mit den EG-Ländern, wo viele Erzeugnisse sich nur geringfügig unterscheiden und somit substituiert werden können, erinnert sei z.B. an Personenkraftwagen, überwiegt im Handel mit den USA der Austausch komplementärer Güter. Der hohe Exportanteil der Straßenfahrzeuge gründete sich in den sechziger Jahren auf die Vorliebe amerikanischer Konsumenten für europäische Kleinwagen, die überwiegend als Zweitwagen genutzt wurden.

Nunmehr besteht eine Vorliebe für technisch aufwendig ausgestattete Fahrzeuge. So hat sich auch in den letzten beiden Jahren, nicht zuletzt wegen der höheren Preise für diese Güter, der Exportwert sogar weiter erhöht. Der Straßenfahrzeugbau hatte im Vergleich mit anderen großen Exportbranchen in den achtziger Jahren das stärkste Wachstum der Ausfuhr.

Im Zeitraum von 1980 bis 1986 haben sich die Exporte des Straßenfahrzeugbaus real verdoppelt, im Jahr 1987 stagnierten sie auf hohem Niveau. Der Überschuß im Handel mit den USA wird hauptsächlich in dieser Gütergruppe erzielt. Auch beim Maschinenbau und der Elektroindustrie sind die Ausfuhren kräftig ausgeweitet worden; in diesen Branchen war die preisbereinigte Entwicklung allerdings bereits 1987 deutlich abwärtsgerichtet. Offensichtlich wirkte sich hier die Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen durch die fortdauernde Aufwertung der D-Mark schon stärker aus als in den anderen Branchen.

Rohstoffe, Halbwaren und Fertigwaren-Vorerzeugnisse spielen beim Export in die USA nur eine geringe Rolle, die Bedeutung dieser Gütergruppe hat in den achtziger Jahren weiter abgenommen. Insbesondere bei Eisen- und Stahlerzeugnissen ist nicht zuletzt wegen tarifärer Handelsbeschränkungen die Ausfuhr seit 1984 rückläufig. Güter der Ernährungswirtschaft haben nur einen Anteil von rund 2 vH am Export, nach wie vor sind sie eine unbedeutende Warengruppe im Handel mit den USA (EG: 7 vH).

Dagegen haben bei den gesamten Einfuhren aus den USA Ernährungsgüter einen Anteil von 12 vH (1987); importiert werden hauptsächlich Sojabohnen, Mais und Erdnüsse. Bei dieser Warengruppe hat sich das traditionelle deutsche Defizit im Zeitraum von 1980 bis 1987 jedoch mehr als halbiert. Auch industrielle Vorprodukte, also Rohstoffe, Halbwaren und Fertigwaren-Vorerzeugnisse, sind mit einem Anteil von 22 vH (1987) eine wichtige Gütergruppe in der Einfuhr aus den USA. Im Jahre 1980 hatten Ernährungsgüter sowie industrielle Vorprodukte mit insgesamt 45 vH allerdings noch eine wesentlich höhere Bedeutung.

Trotz der Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar in der ersten Hälfte der achtziger Jahre sind Fertigwaren-Enderzeugnisse verstärkt importiert worden. Der Anteil dieser Gütergruppe an der gesamten Einfuhr hat sich von 1980 bis 1987 um rund 9 Prozentpunkte auf 63 vH erhöht. Der Anteil der Kraftfahrzeuge ist jedoch mit rund 2 vH (1987) weiterhin sehr niedrig. Eine Rolle spielt hier, daß für die beiden wichtigsten Autohersteller in den USA (General Motors und Ford) wegen ihrer europäischen Tochterfirmen der Anreiz zum Direktexport gering ist. Auch sind die für den USA-Markt produzierten großhubigen Personenkraftwagen auf dem europäischen Markt schwer abzusetzen. So sind es vor allem ADV-Anlagen und elektronische Erzeugnisse, also in der Regel Güter, die im deutschen Produktionssortiment noch immer eine relativ geringe Bedeutung haben, welche vermehrt importiert wurden. Dies gilt auch für Luftfahrzeuge (9 vH), deren An-

⁴ Der Anteil der USA an den gesamten Reiseausgaben deutscher Touristen ist mit rund 5 vH (1987) jedoch wesentlich geringer als der der klassischen deutschen Urlaubsländer Österreich und Italien (1987 jeweils rund 16 vH).

Zur Struktur des Warenhandels¹⁾ der Bundesrepublik Deutschland mit den USA

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Ausfuhr (vH)								
Ernährungsgüter	2,8	2,8	2,9	3,1	2,8	2,7	2,4	2,1
Rohstoffe, Halbwaren, Fertigwaren-Vorerzeugnisse	17,1	23,2	19,7	17,8	18,3	15,5	13,5	12,6
dar.:								
Sonst. chem. Vorerzeugnisse	5,7	5,5	5,9	6,2	5,6	4,8	4,2	4,3
Stahlröhren, Eisen, Blech	3,4	9,0	6,3	3,6	4,2	3,2	2,4	2,2
Fertigwaren-Enderzeugnisse	79,2	73,1	76,5	78,1	78,1	81,1	83,7	84,7
dar.:								
Maschinenbauerzeugnisse ohne ADV-Geräte	17,7	17,8	17,4	16,6	15,4	15,8	16,9	17,5
ADV-Geräte	1,7	1,9	2,1	2,4	2,1	2,4	2,4	2,1
Elektrotechn. Erzeugnisse	7,2	7,5	7,5	8,0	8,1	7,5	7,6	8,3
Feinm. u. opt. Erzeugnisse	3,1	2,8	3,3	2,9	2,7	3,3	3,5	3,0
Luftfahrzeuge	0,5	1,1	0,9	1,0	0,9	1,2	1,4	1,5
Kraftfahrzeuge	37,3	29,5	32,7	35,0	36,7	38,8	40,1	40,7
Sonstige	0,9	0,9	0,9	1,0	0,8	0,7	0,4	0,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Einfuhr (vH)								
Ernährungsgüter	19,1	19,9	19,2	17,6	14,2	11,6	11,1	11,5
Rohstoffe, Halbwaren, Fertigwaren-Vorerzeugnisse	25,9	23,5	23,8	23,4	23,4	23,1	22,6	22,0
dar.:								
Sonst. chem. Vorerzeugnisse	4,3	5,2	5,1	5,5	5,3	5,7	4,8	4,3
Stahlröhren, Eisen, Blech	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Fertigwaren-Enderzeugnisse	53,9	55,2	55,7	57,2	60,1	62,8	63,3	63,2
dar.:								
Maschinenbauerzeugnisse ohne ADV-Geräte	7,3	7,6	7,9	8,0	7,9	8,1	7,6	7,4
ADV-Geräte	8,6	9,5	10,1	11,4	12,5	13,3	13,3	13,7
Elektrotechn. Erzeugnisse	11,6	12,2	12,8	13,7	15,5	15,4	15,0	14,4
Feinm. u. opt. Erzeugnisse	2,6	2,7	2,8	3,5	3,6	3,8	3,9	3,9
Luftfahrzeuge	5,4	9,8	5,9	5,5	5,4	8,3	9,5	9,0
Kraftfahrzeuge	1,5	1,4	1,7	1,6	1,4	1,5	1,4	1,7
Sonstige	1,1	1,4	1,3	1,8	2,3	2,5	3,0	3,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Saldo (Mill. DM)								
Ernährungsgüter	- 4 304	- 4 926	- 4 594	- 3 843	- 3 114	- 2 272	- 1 678	- 1 894
Rohstoffe, Halbwaren, Fertigwaren-Vorerzeugnisse	- 2 953	- 653	- 1 189	- 628	1 295	1 171	1 374	643
dar.:								
Sonst. chem. Vorerzeugnisse	- 187	- 381	- 117	- 79	263	36	285	363
Stahlröhren, Eisen, Blech	685	2 303	1 737	1 136	1 913	1 753	1 308	1 074
Fertigwaren-Enderzeugnisse	3 171	3 333	5 810	9 804	17 904	24 723	29 185	26 075
dar.:								
Maschinenbauerzeugnisse ohne ADV-Geräte	1 929	2 472	2 628	3 236	4 773	6 154	7 280	6 812
ADV-Geräte	- 1 848	- 2 204	- 2 238	- 2 356	- 2 916	- 2 997	- 2 212	- 2 446
Elektrotechn. Erzeugnisse	- 1 430	- 1 518	- 1 486	- 1 158	- 1 029	- 852	158	441
Feinm. u. opt. Erzeugnisse	- 15	- 29	155	- 20	134	637	865	510
Luftfahrzeuge	- 1 283	- 2 478	- 1 396	- 1 214	- 1 241	- 2 035	- 1 790	- 1 583
Kraftfahrzeuge	7 624	7 271	8 716	11 058	16 716	21 084	21 772	19 870
Sonstige	- 126	- 166	- 120	- 198	- 348	- 430	- 539	- 558
Insgesamt	- 4 212	- 2 412	- 93	5 135	15 737	23 192	28 342	24 266

¹⁾ Spezialhandel nach Herstellungs- und Verbrauchsländern.

Quelle: Statistisches Bundesamt

teil an der gesamten Einfuhr sich im Zeitraum von 1980 bis 1987 nahezu verdoppelt hat. Die hohe Wettbewerbsfähigkeit der USA bei diesen Gütergruppen wird auch dadurch deutlich, daß sich der deutsche Importüberschuß seit 1980 weiter erhöht hat.

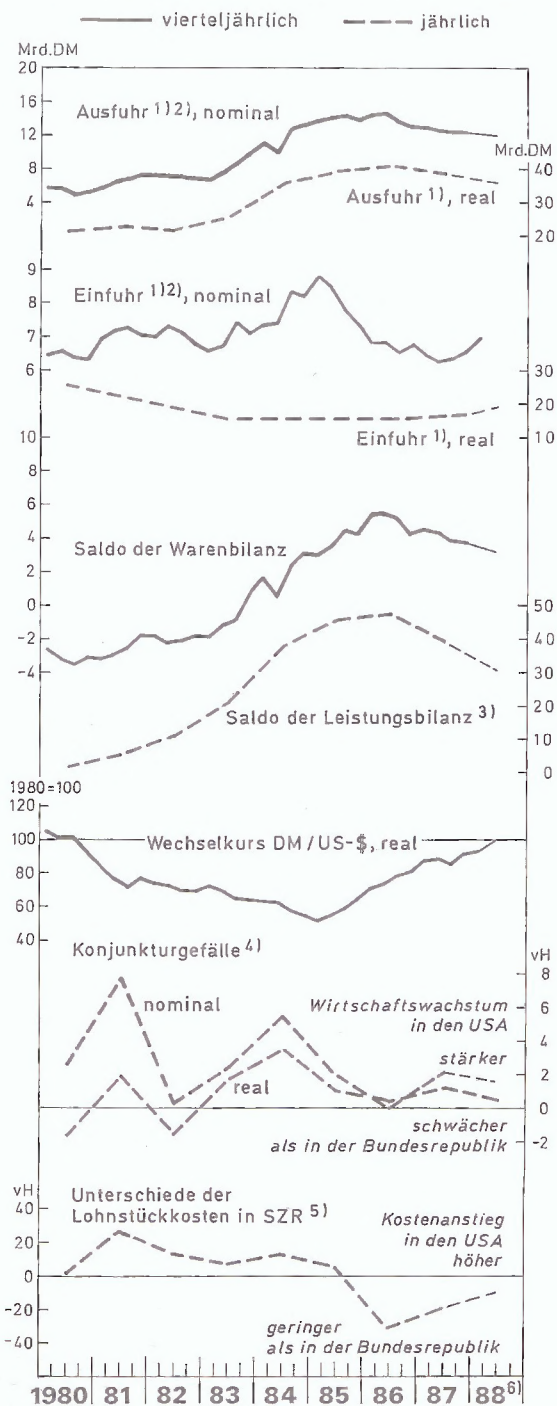
Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen

Der Wechselkurs zwischen D-Mark und US-Dollar entsprach im Durchschnitt des Jahres 1987 mit DM 1,80 nahezu dem Stand im Jahre 1980 (DM 1,82). Wegen der geringeren Inflationsrate in der Bundesrepublik hat der reale Wechselkurs 1987 noch nicht wieder das Niveau von 1980 erreicht. Die Kaufkraft des US-Dollars gegenüber Waren aus der Bundesrepublik hat sich in den Jahren 1986 und 1987 damit fast so dramatisch verschlechtert, wie sie sich in den vorangegangenen fünf Jahren verbessert hatte. Dies wird nicht ohne Wirkung auf die Nachfrage aus den USA bleiben. Substitutive Güter im deutschen Export werden durch preiswerte aus den USA bzw. Drittländern ersetzt. Betroffen davon werden vor allem die deutschen Hersteller von Personenkraftwagen, aber auch von elektrotechnischen und chemischen Erzeugnissen sein. Komplementäre Güter wie Spezialmaschinen, feinmechanische und optische Erzeugnisse behalten jedoch ihre Marktchancen.

Aufgrund der starken Abwertung des Dollars sind die Produktionskosten in den USA nun erheblich niedriger als in der Bundesrepublik. Die vergleichsweise niedrigen Lohnstückkosten in den USA werden dazu führen, daß die Marktanteile deutscher Exporteure in den USA gedrückt werden.

Um festzustellen, wie sich der Absatz wichtiger deutscher Exportgüter auf dem US-Markt im Vergleich mit anderen Industrieländern entwickelte, wurde der Import der USA anhand der zuletzt verfügbaren Daten für das Jahr 1986 aus wichtigen Ländern gegenüber dem im Basisjahr 1980 verglichen. Insgesamt waren Güter aus der Bundesrepublik nach solchen aus Japan in diesem Zeitraum am erfolgreichsten auf dem US-Markt; die Bundesrepublik war dabei nur wenig erfolgreicher als die übrigen EG-Länder. Betrachtet man einzelne Warengruppen, so ist die Position der Bundesrepublik teilweise sogar erheblich schlechter als die anderer EG-Länder. Das gilt für Kraftmaschinen, ADV-Geräte und -Anlagen sowie Geräte für die Nachrichtentechnik. Bei Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke, Metallbearbeitungs- und elektrischen Maschinen entsprach das Wachstum der Importe aus der Bundesrepublik etwa dem Durchschnitt aller entsprechenden Importe der USA. Die Wachstumsrate der Importe von Straßenfahrzeugen war im Untersuchungszeitraum für Erzeugnisse aus der Bundesrepublik nicht nennenswert schwächer als für japanische. Ansonsten lag dieses Land bei den meisten Gütergruppen weit vor der Bundesrepublik. Lediglich bei Eisen und Stahl, einem teil-

INDIKATOREN ZUM AUSSENHANDEL DER BUNDESREPUBLIK MIT DEN USA



1) Spezialhandel. — 2) Saison- und arbeitstäglich bereinigt. — 3) In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. — 4) Differenz zwischen den Veränderungsdaten des Bruttoinlandsprodukts in der Bundesrepublik und den USA. — 5) Differenz zwischen den Veränderungsdaten der Lohnstückkosten in der Bundesrepublik und den USA. — 6) Schätzung des DIW.
Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

weise durch Kontingente reglementierten Markt, schnitt die Bundesrepublik am besten ab.

Ausblick

Das reale Wirtschaftswachstum in den USA wird in diesem Jahr mit 2,5 vH nicht nennenswert höher sein als das in der Bundesrepublik. Starke Nachfrageimpulse, die die Wirkungen eines weiteren Anstiegs des realen Wechselkurses kompensieren könnten, zeichnen sich nicht ab. Damit dürfte sich die im Jahr 1986 eingeleitete rückläufige Entwicklung der Ausfuhr in die USA fortsetzen. Der Anteil der USA am gesamten Warenexport betrug 1987 9,5 vH, nach 10,5 vH im Jahr 1986. Im Jahr 1988 wird der Anteil zumindest um einen weiteren Prozentpunkt zurückgehen. Die Bedeutung des US-Marktes für den deut-

schen Export wird sich hauptsächlich zugunsten des europäischen Marktes weiter verringern.

Die Einfuhr aus den USA wird nicht nur dem Werte, sondern auch dem Volumen nach wieder nennenswert zunehmen. Der große europäische Markt wird für die USA, die bisher hauptsächlich „Quasi-Monopolgüter“ wie Flugzeuge, ADV-Anlagen, elektrische Prüf- und Meßgeräte sowie Spezialmaschinen lieferten, auch als Absatzmarkt für Massenbedarfsartikel, z.B. Konsumgüter der Informations- und Nachrichtentechnik und industrielle Vorprodukte, hauptsächlich chemische sowie elektronische Bauteile, wichtig. Die Exportfördermaßnahmen einzelner Bundesstaaten werden diese Tendenz verstärken. Bei steigender Einfuhr aus den USA und rückläufiger Ausfuhr wird der hohe deutsche Leistungsbilanzüberschuß weiter abgebaut. Der Überschuß könnte 1988 mit 30 Mrd. DM etwa 10 Mrd. DM niedriger sein als im Vorjahr.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, beurlaubt.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Sowjetisches Genossenschaftsgesetz: Mit Privatinitiative aus der Versorgungsmisere? Bearbeitet von Ulrich Weißenburger. —
Überschuß im Handel mit den USA sinkt. Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.